Eckhard Jesse

Der glanzlose Sieg der »Bürgerlichen« und die Schwäche der Volksparteien bei der Bundestagswahl 2009

1. Einleitung

Die Bundestagswahl 2009 war nicht nur reich an Superlativen (u.a. schlechtestes Ergebnis für die Volksparteien zusammen; katastrophales Resultat der SPD; bestes Abschneiden der nun mittelgroßen »Kleinen«, die alle zweistellig wurden; weitaus geringste Wahlbeteiligung; höchste Zahl an Überhangmandaten; höchste Zahl an Direktmandaten für eine »Drittpartei«), sondern auch reich an Paradoxien. Um nur zwei zu nennen: Zu den Siegern gehören zwei Verlierer (die CDU und vor allem die CSU), zu den Verlierern zwei Sieger (die Linke und die Grünen). Der Grund: Der massive Gewinn der FDP (sie erhöhte ihren Stimmenanteil um fast 50 Prozent) kompensierte die Verluste von CDU und CSU, der massive Verlust der SPD (sie verlor fast ein Drittel ihrer Wählerschaft) ließ sich durch die Gewinne der beiden anderen Parteien nicht annähernd ausgleichen. Ebenfalls paradox: Die Union verlor 1,4 Prozentpunkte der Stimmen und erhöhte zugleich den eigenen Anteil um 13 Mandate. Die Ursache lag weniger darin begründet, dass sechs Prozent der Stimmen der »Sonstigen« unverwertet blieben, sondern geht in erster Linie auf die von ihr gewonnenen 24 Überhangmandate zurück, die vornehmlich aus dem Zusammenbruch der SPD resultieren.

Hingegen ließen sich zwei Paradoxa abwenden. Erstens: Mit den zu erwartenden Verlusten für die beiden großen Parteien wurde die Fortsetzung der Großen Koalition wahrscheinlicher, zumal dann, wenn ein Dreier-Bündnis – wie 2009 signalisiert – ausgeschlossen schien. Eine Große Koalition blieb trotz der Stimmeneinbußen für Union und SPD aus, weil die starken Zugewinne der Liberalen eine herkömmliche Zweier-Koalition ermöglichten. Für die deutsche Demokratie mit ihrem Übermaß an Konsenspolitik[1] wäre eine solche Regierung ebenso wenig gut gewesen wie für jede der beiden großen Kräfte. Zweitens: Union und FDP hätten mit weniger Stimmen als SPD, Linke und Grüne mehr Mandate erreichen können. Schließlich war eine Vielzahl an Überhangmandaten für die CDU und CSU wahrscheinlich (nicht zuletzt wegen des vorhergesagten großen Abstands gegenüber der SPD).[2] Das Erwartete trat ein. Gleichwohl entfiel auch ohne Überhangmandate eine Mehrheit auf die »bürgerlichen« Kräfte. Andernfalls hätte die Regierung ein Legitimationsproblem bekommen, basierte doch bisher

1 Vgl. pointiert Thomas Darnstädt, *Konsens ist Nonsens. Wie die Republik wieder regierbar wird*, München 2006.

2 Vgl. Joachim Behnke, Überhangmandate bei der Bundestagswahl 2009. Einschätzung mit Simulationen, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 40 (2009), S. 620-636.

https://doi.org/10.5771/0044-3360-2009-4-397
Generiert durch IP '3.133.117.242', am 15.09.2024, 16:24:57.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

jede Mandatsmehrheit auf einer Stimmenmehrheit.[3] Die politische Kultur Deutschlands „erträgt" derartige Diskrepanzen zwischen dem Stimmen- und dem Mandatsanteil nur schwer, vor allem bei einer Verkehrung der Mehrheitsverhältnisse.

Der Beitrag[4] analysiert nach illustrierenden Bemerkungen zum Wahlkampf wesentliche Bestimmungsgründe für den Wahlausgang, die eklatante Schwäche der Volksparteien und die weitere Entwicklung des Parteiensystems, ehe abschließend einige Perspektiven zur Sprache kommen. Es ist die Kernthese, dass das Charakteristikum dieser Wahl weniger in der Ablösung der Großen Koalition durch eine »bürgerliche« Mehrheit zu sehen ist als vielmehr in drastischen Stimmenverschiebungen zwischen großen und kleineren Parteien sowie zwischen Wählern und Nichtwählern.

2. Wahlkampf

Die Große Koalition hatte passabel zusammengearbeitet, die Zahl der Arbeitslosen beträchtlich gesenkt und in der größten Finanz- und Wirtschaftskrise seit Ende des Zweiten Weltkrieges Handlungsfähigkeit bewiesen. Zugleich wurde eine Reihe grundlegender Vorhaben auf die lange Bank geschoben, u.a. in der Sozial-, Finanz- und Gesundheitspolitik.[5] Der Wahlkampf war für beide Seiten eine Gratwanderung, zumal Bundeskanzlerin Angela Merkel und Außenminister Frank-Walter Steinmeier, die überwiegend vertrauensvoll kooperiert hatten, um das Spitzenamt konkurrierten.[6] Die Konsequenz: eine Art »Wohlfühlwahlkampf«.

Die Union operierte vorsichtig, anders als 2005. Pointiert formuliert: Angela Merkels »Nicht-Wahlkampf« war ihr Wahlkampf. Sie trat einerseits nahezu präsidial auf, andererseits pflegte sie einen »unprätentiösen Politikstil«.[7] Ihr Ziel war es, durch ein hohes Maß an Unverbindlichkeit den politischen Gegner nicht zu provozieren und damit zu mobilisieren. Die Kehrseite dieser Strategie: Die CDU blieb eigentümlich blass, ihre inhaltliche Position nur schwer fassbar. Schädlich für die Union war das vielfach als populistisch empfundene Hin und Her der CSU und des Ministerpräsidenten Horst Seehofer mit Spitzen gegen die Liberalen, nützlich hingegen der erfrischend wirkende Stil des Wirtschaftsministers Karl-Theodor zu Guttenberg. Die SPD hatte kein »griffiges«, wählerwirksames Thema; ihr „Deutschlandplan" verpuffte. Personell konnte sie ebenso

3 Vgl. Eckhard Jesse, *Verhältniswahl und Gerechtigkeit*, in: Gerd Strohmeier (Hrsg.), *Wahlsystemreform. Sonderband 2009 der Zeitschrift für Politikwissenschaft 2009*, Baden-Baden 2009, S. 127.

4 Er hat u.a. die Analysen von Infratest dimap (*Wahlreport. Bundestagswahl 27. September 2009*, Berlin 2009) ebenso berücksichtigt wie die der Forschungsgruppe Wahlen (*Bundestagswahl. Eine Analyse der Wahl vom 27. September 2009*, Mannheim 2009).

5 Vgl. Eckart Lohse/Markus Wehner, *Rosenkrieg. Die große Koalition 2005-2009*, Köln 2009; Roland Sturm, *Erfolgreiche streitbare Koexistenz? Die Politik der Großen Koalition: Strategien, Politikstile und Inhalte*, in: Eckhard Jesse/Roland Sturm (Hrsg.), *Bilanz der Bundestagswahl 2009. Voraussetzungen – Ergebnisse – Folgen*, Wiesbaden 2010 (i.E.).

6 Vgl. für Einzelheiten Frank Brettschneider/Marko Bachl, *Valiumwahlkampf oder thematische Profilierung? Der Bundestagswahlkampf*, in: Eckhard Jesse/Roland Sturm (FN 5).

7 Forschungsgruppe Wahlen (FN 4), S. 25.

https://doi.org/10.5771/0044-3360-2009-4-397
Generiert durch IP '3.133.117.242', am 15.09.2024, 16:24:57.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

nicht punkten, da ihr Spitzenkandidat Frank-Walter Steinmeier im Wahlkampf weniger als populärer Außenminister wahrgenommen wurde, sondern als der Spitzenkandidat einer uneinigen Partei, die nur halbherzig die Agenda 2010-Politik Gerhard Schröders verteidigt.

Die SPD schloss eine Koalition mit der Linken aus, nicht aber ein Bündnis mit dem »Schreckgespenst« FDP. Das passte schwerlich zusammen und musste einen Teil der eigenen Anhängerschaft demotivieren. Die Grünen wünschten eine Koalition mit der SPD, obwohl sie das Zustandekommen eines solchen Bündnisses als nicht sonderlich wahrscheinlich ansahen. Sie sprachen sich vor der Wahl kategorisch gegen eine Koalition mit der Union und der FDP aus, nicht jedoch gegen eine mit der Linken. Das ist schon deshalb schwer nachvollziehbar, weil die SPD, ihr angestrebter Partner, eigens ein solches Bündnis, wie erwähnt, verneint hatte. Auf diese Weise räumte die Partei indirekt ein, ihr Platz werde in der Opposition sein. Eine spezifische Schwäche bestand darin, dass alle wichtigen Funktionen doppelt besetzt waren, jeweils mit einem Mann und einer Frau: die der Partei- und der Fraktionsvorsitzenden ebenso wie die der Spitzenkandidaten.[8] Ein wählerwirksames Zugpferd à la »Joschka« Fischer fehlte.

Die FDP, die Guido Westerwelle ganz in den Vordergrund rückte, trat in der Frage des Koalitionspartners besonders offensiv auf. Sie machte sich für ein Bündnis mit der Union stark, hielt die Tür für eine schwarz-gelbe Konstellation unter Einbeziehung der Grünen allerdings offen. Hingegen lehnte sie geradezu schroff ein Bündnis mit der SPD und den Grünen ab. Aufgrund ihrer Kernbotschaften (»Mehr Netto vom Brutto«) wirkte dies glaubwürdig. Wegen ihrer unionsnahen Wechselwählerschaft war das notwendig. Die Union, die zwar keinen Koalitionswahlkampf betrieb, ließ ihrerseits keine Zweifel an ihrer Präferenz für die Liberalen aufkommen. Wie die FDP wandte sie sich im Fall einer fehlenden Mehrheit für die beiden Parteien nicht gegen die Hinzunahme der Grünen.

Die Linke – ein raffiniert gewählter Name – unter ihren beiden Spitzenkandidaten Gregor Gysi und Oskar Lafontaine hatte leichtes Spiel. Da die SPD mit ihr nicht regieren wollte, konnte sie sich auf einen »Oppositionswahlkampf« konzentrieren. Hatte sie 2002 vor allem vor einer »Machtübernahme« durch Edmund Stoiber gewarnt,[9] so griff sie 2005 in erster Linie die »unsoziale« Politik von Bundeskanzler Schröder an. Diesmal attackierte sie weniger die Spitzenpolitiker, setzte erneut auf »ihr« Thema – die »soziale Gerechtigkeit«, gefolgt vom Kampf gegen die »Rente mit 67« und von der (populären) Forderung nach einem Rückzug der Bundeswehr aus Afghanistan.

Bei der SPD und den Grünen stand im Laufe des Wahlkampfs zunehmend die Verhinderung einer »bürgerlichen« Regierung im Vordergrund (»negative campaigning«), angesichts der als deprimierend empfundenen Umfragedaten nicht mehr die Propagierung einer eigenen Koalition. Was bei den Sozialdemokraten faktisch – und ausgespro-

8 Allerdings war Renate Künast Fraktionsvorsitzende und Spitzenkandidatin in Personalunion.

9 Der schwere strategische Fehler hatte einen Teil der eigenen Anhängerschaft in die Arme der SPD und der Grünen getrieben. Denn diese beiden Parteien wollten ihre Ablösung durch die Union und die FDP verhindern.

https://doi.org/10.5771/0044-3360-2009-4-397
Generiert durch IP '3.133.117.242', am 15.09.2024, 16:24:57.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

chen – auf eine Große Koalition hinauslief (unter der Ägide der Union), mündete bei den Grünen in oppositionelle Optionslosigkeit.

Die Angabe, dass nur 14 Prozent der Wähler eine Fortsetzung der Großen Koalition präferierten,[10] ist ohne spezifische Aussagekraft. Denn es liegt auf der Hand, dass Anhänger der Union vorrangig ein Bündnis mit »ihrem« Wunschpartner FDP (70 Prozent) nannten; Anhänger der SPD sprachen sich fast gleichermaßen für eine Große Koalition (33 Prozent), für eine „Ampel"-Koalition (32 Prozent) und für ein Linksbündnis (26 Prozent) aus, da die Option für eine kleine Koalition mit »ihrem« Wunschpartner (Grüne) nicht zur Auswahl stand. »So« unbeliebt war die Große Koalition daher nicht, zumal nicht angesichts der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise. Die beiden Regierungsparteien hatten sie, anders als 2005, keineswegs eigens ausgeschlossen, ohne sie deswegen zu favorisieren.

Union und Liberale lagen bei den repräsentativen Meinungsumfragen stets mehr oder weniger in Führung, doch angesichts des Debakels der Demoskopie bei den Wahlen 2005[11] herrschte Unsicherheit über die Plausibilität der Angaben vor, zumal die Institute nicht müde wurden, die Kurzfristigkeit der Entscheidung bei vielen Wählern hervorzuheben. So war Spannung vorhanden – trotz eines spannungslos geführten Wahlkampfs.

3. Bestimmungsgründe des Wahlverhaltens

Wie in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre (1966 und 1969), damals von der Union zur SPD, erfolgte der »Machtwechsel« in zwei Schritten, zunächst über eine Große Koalition 2005 (durch das Ausscheiden der Grünen), ehe die Union 2009 mit der FDP ein Bündnis bilden konnte (durch das Ausscheiden der SPD).[12] Die Liberalen firmierten jeweils als „Schrittmacher".

Neben den beiden (unterschiedlich stark geschrumpften) »Großen« gelangten drei Parteien über 10 Prozent. Ihr addierter Stimmenanteil lag erstmals über dem der stärksten Kraft. Die Liberalen (14,6 Prozent) erhielten fast zwei Drittel soviel Stimmen wie die SPD, die Linke (11,9 Prozent) und die Grünen (10,7 Prozent) zusammen erreichten beinahe den SPD-Anteil. Die FDP verfügt nun über mehr als doppelt so viele Mandate wie die »gerupfte« CSU – ein Ergebnis, das es zuvor nicht annähernd gegeben hatte.

Die abermalige Auffächerung in ein Fünfparteiensystem bewirkte keine neue Lagerbildung. Die Mehrheit für eine Koalition einer großen Partei mit einer kleinen genügte, anders als 1949 und 2005. Die Sozialdemokraten und die Grünen verloren auch deshalb

10 Vgl. Infratest dimap (FN 4), S. 61.

11 Vgl. Mario Paul, *Warum überraschte das Votum der Wähler? Eine Antwort mit Hilfe eines integrativen Modells zur Erklärung des Wahlverhaltens*, in: Eckhard Jesse/Roland Sturm (Hrsg.), *Bilanz der Bundestagswahl 2005. Voraussetzungen – Ergebnisse – Folgen*, Wiesbaden 2006, S. 189-210.

12 Die Parallele ist nicht exakt, da die FDP, die 1966 die Koalition mit der Union verlassen hatte, 1969 ein Bündnis mit der SPD eingegangen war. Sie stimmt jedoch insofern, als die FDP zur Zeit der ersten Großen Koalition einen Kurswechsel vollzogen hatte – von einer stärker nationalliberalen zu einer eher sozialliberalen Kraft.

https://doi.org/10.5771/0044-3360-2009-4-397
Generiert durch IP '3.133.117.242', am 15.09.2024, 16:24:57.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

die Wahl, weil ihnen eine Machtoption fehlte – für den absehbaren Fall, dass sie zusammen keine Regierungsmehrheit erlangen. Ihr Wahlkampf-Motto »Schwarz-Gelb verhindern« war ein Armutszeugnis, kein Zeichen von Siegesgewissheit.

Wer die wichtigsten Parteisystemeigenschaften[13] für die Bundestagswahl analysiert, erkennt weithin eine Fortsetzung des Trends der letzten Jahre. Die Fragmentierung ist durch die Verluste der beiden großen und die Gewinne der drei kleineren Parteien stark gestiegen, die Asymmetrie[14] massiv angewachsen auf 14,4 Punkte. Die Union allein ist knapp stärker als SPD und Grüne zusammen. Die Volatilität hat zugenommen – u.a. durch die beträchtlichen Verluste der SPD und die Gewinne der FDP. Die Polarisierung ist durch das Zusammenrücken von Union und SPD in der Großen Koalition eher gesunken, die Segmentierung hat keineswegs abgenommen – nicht nur wegen der Linken, die für keine Koalitionskonstellation in Frage kam, sondern auch wegen der Liberalen und der Grünen, die jeweils ein Dreier-Bündnis unter Führung der SPD bzw. unter Führung der Union abgelehnt haben.

Die Bundesrepublik erlebte u.a. aufgrund der nachlassenden Bedeutung sozialstruktureller Elemente und des weitgehenden Fehlens polarisierender Themen »die wohl kandidatenlastigste Kampagne seit fast 40 Jahren«.[15] Diese Strategie bevorzugte die Union. Sie machte sich so den Kanzlerbonus von Angela Merkel zu nutze. Fast doppelt so viele Wähler sprachen sich für Merkel im Vergleich zu Steinmeier aus. »Unmittelbar vor der Bundestagswahl votierten 56 % der Deutschen für Merkel, 33 % wollten lieber Steinmeier als Kanzler – ein Vorsprung, der in den letzten 37 Jahren vor einer Bundestagswahl nur dreimal, 1972 in den Duellen Brandt gegen Barzel, 1980 bei Schmidt gegen Strauß sowie 2002 bei Schröder gegen Stoiber, übertroffen wurde.«[16] Sie galt als glaubwürdiger, sympathischer, durchsetzungsfähiger und mit mehr Sachverstand ausgestattet, wobei bei manchen Eigenschaften (Glaubwürdigkeit, Sachverstand) immerhin die Hälfte der Befragten keinen Unterschied zwischen den Konkurrenten sah.[17] Ursächlich hierfür muss nicht die Stärke Merkels, sondern kann auch die Schwäche Steinmeiers gewesen sein.

Bei den Wahlmotiven sprachen sich 22 Prozent der Bürger für den Spitzenkandidaten aus, 55 Prozent für die Kompetenz der Partei, und 18 Prozent machten die Bindung an »ihre« Partei geltend. Die Unionswähler nannten überproportional hohe Werte bei den Spitzenkandidaten (32 Prozent). Unions- (40 Prozent) und SPD-Wähler (49 Prozent) maßen der Sachkompetenz im Vergleich zu den Wählern der kleineren Parteien eine geringere Bedeutung zu (FDP: 62 Prozent; Linke und Grüne: jeweils 74 Prozent). Die Parteibindung spielte die geringste Rolle bei der Linken (neun Prozent).[18] Diese Partei

13 Vgl. u.a. Oskar Niedermayer, *Die Entwicklung des bundesdeutschen Parteiensystems*, in: Frank Decker/Viola Neu (Hrsg.), *Handbuch der deutschen Parteien*, Wiesbaden 2007, S. 114-135.
14 Der Verfasser hält es für sinnvoll, die Differenz der Stimmenanteile der Parteiblöcke zugrundezulegen, nicht die Differenz der Stimmenanteile zwischen der stärksten und der zweitstärksten Partei, um eine formale Betrachtungsweise zu vermeiden.
15 Forschungsgruppe Wahlen (FN 4), S. 23.
16 Ebd., S. 24.
17 Vgl. ebd., S. 40.
18 Vgl. Infratest dimap (FN 4), S. 58.

https://doi.org/10.5771/0044-3360-2009-4-397
Generiert durch IP '3.133.117.242', am 15.09.2024, 16:24:57.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

ist längst nicht mehr die einstige ostlastige Milieu-, sondern weithin eine gesamtdeutsche Protestpartei geworden.

Diesmal entschied nicht der Osten die Wahlen (wie 2002 und 2005). Mittlerweile stammen nur noch 17,63 Prozent der Wähler aus dem Wahlgebiet Ost – sei es wegen des Bevölkerungsrückgangs, sei es wegen der niedrigeren Wahlbeteiligung als im Westen. Nach wie vor sind SPD und Linke (46,6 Prozent) im Osten stärker als CDU und FDP (40,4 Prozent). Freilich war das Wahlverhalten bei der Union mit Blick auf den Osten und den Westen gegenläufig. Die CDU gewann im Osten 4,5 Punkte, im Westen verlor die Union dagegen 2,9 Punkte. In keinem Bundesland fiel das Ergebnis für die CDU so gut aus wie in Sachsen. So driftet das Wahlverhalten zwischen Ost und West weniger auseinander als früher, auch durch die starken Gewinne der Linken im Westen. Mit 8,3 Prozent hat sie hier besser abgeschnitten als bundesweit bei der Europawahl drei Monate zuvor (7,5 Prozent). Allerdings haben die im Westen ohnehin starken Liberalen und Grünen hier überproportional gewonnen.

Die Unterschiede zwischen Erst- und Zweitstimmen sind leicht erkennbar, die Gründe für die Abweichungen hingegen schwer erklärbar. So hat die Union 5,6 Prozentpunkte mehr Erst- als Zweitstimmen, die FDP hingegen 5,2 Prozentpunkte weniger. Die repräsentative Wahlstatistik, die erst Monate nach der Wahl vorliegt, kann exakt belegen, wie viel Prozent der FDP-Zweitstimmenwähler mit ihrer Erststimme für die Union und wie viel Prozent der Erststimmenwähler der Union mit ihrer Zweitstimme für die FDP votiert haben. Damit ist aber die Kernfrage nicht geklärt, ob es sich bei den »Splitting«-Wählern um »eigentliche« Wähler der Union oder »eigentliche« Wähler der FDP handelt? Wollten überzeugte FDP-Anhänger ihre Erststimme dem Kandidaten der Union zukommen lassen, oder votierten überzeugte Unionswähler mit ihrer Zweitstimme für die FDP? Oder handelt es sich um Wähler, die einen „Kompromiss“ zwischen beiden Parteien einzugehen beabsichtigten. Auch wenn die FDP generell von einem Zweistimmensystem im Vergleich zu einem Einstimmensystem profitiert, ist davon auszugehen, dass ein beträchtlicher Teil ihres Elektorats der Union zu Wahlkreissiegen und unter Umständen zu Überhangmandaten zu verhelfen suchte.

Die Linke hat wegen des Einbruchs der SPD im Osten 16 Direktmandate erreicht. Das zeigt die Verankerung der Partei in den neuen Bundesländern. Noch überraschender ist ein anderes Ergebnis. CDU und CSU konnten insgesamt 218 Direktmandate gewinnen, damit über 70 Prozent. Nach dem Zweitstimmenanteil standen ihnen aber nur 215 Mandate zu. Um Überhangmandate zu vermeiden, wurde vorgeschlagen (auch vom Verfasser), die Direktmandate einer Partei mit den Mandaten zu verrechnen, die auf sie nach dem Zweitstimmenanteil entfallen (gemäß der Ober- und nicht der Unterverteilung). Wie das Ergebnis zeigt, ermöglicht eine solche Regelung immer noch Überhangmandate (in diesem Fall drei). Der Gesetzgeber muss bei der nötigen Reform diese Lücke schließen und Ausgleichsmandate für andere Parteien vorsehen, um eine künstlich verzerrte Erhöhung von Mandaten zu unterbinden.

https://doi.org/10.5771/0044-3360-2009-4-397
Generiert durch IP '3.133.117.242', am 15.09.2024, 16:24:57.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Tabelle 1: Bundestagswahlergebnis 2009 für die Wahlgebiete West, einschließlich Berlin-West, und Ost, einschließlich Berlin-Ost (in Klammern Unterschiede nach Prozentpunkten gegenüber 2005)

	Gesamt	West	Ost
Wahlbeteiligung	70,8 (-6,9)	72,3 (-6,2)	64,8 (-9,5)
CDU und CSU	33,8 (-1,4)	34,7 (-2,8)	29,8 (+4,5)
CDU	27,3 (-0,5)	26,7 (-1,7)	29,8 (+4,5)
CSU	6,5 (-0,9)	7,9 (-1,2)	–
SPD	23,0 (-11,2)	24,1 (-11,0)	17,9 (-12,5)
FDP	14,6 (+4,7)	15,4 (+5,2)	10,6 (+2,6)
Die Linke	11,9 (+3,2)	8,3 (+3,4)	28,5 (+3,2)
B 90/Die Grünen	10,7 (+2,6)	11,5 (+2,7)	6,8 (+1,6)
Sonstige	6,0 (+2,1)	5,9 (+2,4)	6,3 (+0,5)

Quelle: Zusammenstellung nach den amtlichen Wahlstatistiken.

Wählerwanderungsbilanzen kommt nicht die Präzision zu, wie mitunter behauptet. Gleichwohl zeigen sie Tendenzen an, die den Parteien u. a. wichtige Hinweise geben, welche Anhängerschaften sie vernachlässigt haben. Das Ergebnis für die SPD ist ernüchternd. Wie ihr Wählerstromkonto zeigt,[19] hat sie per Saldo überall verloren: an die Union 870.000 Stimmen, an die FDP 520.000, an die Linke 1.110.000, an die Grünen 860.000, an andere Parteien 320.000. Zudem sind unter dem Strich 2.130.000 frühere SPD-Wähler nicht mehr zur Wahl gegangen, und im Austausch mit Erstwählern und Verstorbenen fällt ein Minus von 490.000 Stimmen an. Offenkundig ist der SPD ihr Markenkern abhanden gekommen. Viele vermissen ihre Identität. In der Tat ist es ein »Paradox der SPD«,[20] dass sie sich der Linken anzunähern sucht, obwohl sie an Union und FDP mehr Stimmen verloren zu haben scheint als an die Postkommunisten, zumal viele jetzige Nichtwähler keineswegs Gegner der Politik Gerhard Schröders sind.

4. Schwäche der Volksparteien

Die beiden Volksparteien sind aus der Wahl geschwächt hervorgegangen, die SPD deutlich mehr als die Union. CDU und CSU (33,8 Prozent) erzielten das zweitschlechteste Ergebnis ihrer Geschichte (nur 1949, als das Parteiensystem in einem flüssigen Aggregatzustand war, fiel ihr Resultat dünner aus), die SPD (23,0 Prozent) das schlechteste. Noch nie musste eine Partei bei einer Bundestagswahl einen derartig hohen Verlust (11,2

19 Vgl. Infratest dimap (FN 4), S. 14.

20 So Ulrich Pfeiffer, Das Paradox der SPD. Die Sozialdemokraten haben Wähler an die bürgerlichen Parteien verloren, rücken aber nach links, in: *Handelsblatt* v. 28. Oktober 2009, S. 6.

https://doi.org/10.5771/0044-3360-2009-4-397
Generiert durch IP '3.133.117.242', am 15.09.2024, 16:24:57.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Punkte) hinnehmen. Mit 56,8 Prozent haben Union und SPD sogar ihren Stimmenanteil bei der ersten Bundestagswahl unterboten (60,2 Prozent). Hatten 1972 und 1976 jeweils über 80 Prozent der Wahlberechtigten für die beiden Volksparteien votiert (1972: 90,7 Prozent der Stimmen; 1976: 91,2 Prozent), so waren es diesmal weniger als 40 Prozent (genau: 39,66 Prozent). Wohl nichts verdeutlicht mehr den Einbruch der Volksparteien. Im Vergleich zu den Bundestagswahlen 2002 verloren sie über 20 Prozentpunkte. In der Tat sind die großen Parteien oft nicht konturiert genug aufgetreten, haben sich auf den kleinsten gemeinsamen Nenner geeinigt und Themen, die Bürger umtrieben, ignoriert. Mit ihrem Allzuständigkeitsdenken, das sie meist gar nicht einlösen können und sollen, provozieren sie Vorwürfe. Aber Kritik, die deshalb vollmundig vom »Versagen der Politik« spricht, ist in dieser Pauschalität keineswegs berechtigt.[21]

Das desaströse Ergebnis ist nicht nur eine Reaktion auf die Große Koalition, sondern spiegelt auch vielfältigen gesellschaftlichen Wandel wider, den die großen Parteien nicht einzufangen vermögen. Fest gefügte gesellschaftliche Milieus erodieren, herkömmliche Konfliktlinien verlieren an Intensität.[22] Die Parteiidentifikation sinkt mit der Zunahme der Individualisierung und des Wertewandels. Auch andere gesellschaftliche Großorganisationen (wie Gewerkschaften) sind davon betroffen. Die Zahl der Parteimitglieder ist bei der CDU (Ende 1990: 789.609; Ende 2008: 528.972) und der SPD (Ende 1990: 943.402; Ende 2008: 520.969) permanent rückläufig. Fast die Hälfte von ihnen ist über 60 Jahre alt.

Vor allem in den neuen Bundesländern ist das Repräsentationsdefizit frappierend. Die CDU hatte Ende 2008 dort rund 46.000 Mitglieder, die SPD gerade einmal 22.000.[23] Die beiden Volksparteien schneiden im Osten Deutschlands weniger gut ab als im Westen des Landes. Bei der jüngsten Bundestagswahl blieben sie mit 47,7 Prozent unter der absoluten Mehrheit. Die mangelnde Mobilisierbarkeit der Wähler durch die Volksparteien erhellte vor allem die stark gesunkene Wahlbeteiligung (70,8 Prozent). Im Westen fiel sie »nur« um 6,2 Punkte, im Osten um 9,5 Punkte. Dabei war 2005 das Jahr mit der bis dahin niedrigsten Beteiligungsquote bei Bundestagswahlen (77,7 Prozent), das Ausgangsniveau folglich schon gering. Die Nichtwähler, deren Motive seit jeher höchst unterschiedlicher Natur sind, stellen damit erstmals die stärkste »Partei«.

Wer hätte im Jahr 1990 (damals erreichte die PDS bundesweit 2,4 Prozent; im Osten 11,1 Prozent, im Westen 0,3 Prozent) einen solchen Triumph der mehrfach umbenannten und erweiterten Nachfolgepartei der SED 20 Jahre nach der friedlichen Revolution vor-

21 Vgl. Hans Herbert von Arnim, *Volksparteien ohne Volk. Das Versagen der Politik*, München 2009. Siehe dagegen Antonius Liedhegener/Torsten Oppelland (Hrsg.), *Parteiendemokratie in der Bewährung. Festschrift für Karl Schmitt*, Baden-Baden 2009; Volker Kronenberg/Tilman Mayer (Hrsg.), *Volksparteien: Erfolgsmodell für die Zukunft? Konzepte, Konkurrenzen und Konstellationen*, Freiburg/Brsg. 2009.

22 Vgl. etwa die Schriften von Franz Walter: *Baustelle Deutschland. Politik ohne Lagerbindung*, Frankfurt a.M. 2008; *Im Herbst der Volksparteien? Eine kleine Geschichte von Aufstieg und Rückgang politischer Massenintegration*, Bielefeld 2009; *Die SPD. Biographie einer Partei*, erw. Neuausgabe, Reinbek bei Hamburg 2009.

23 Zu diesen und den vorhergehenden Angaben vgl. Oskar Niedermayer, Parteimitgliedschaften im Jahre 2008, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 40 (2009), S. 370-382.

https://doi.org/10.5771/0044-3360-2009-4-397
Generiert durch IP '3.133.117.242', am 15.09.2024, 16:24:57.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

herzusagen gewagt – nicht nur im Osten (28,5 Prozent), sondern auch im Westen (8,3 Prozent)? Die Frage ist rhetorischer Natur. Diese Partei profitiert vor allem von den (tatsächlichen oder vermeintlichen) Einschnitten in das soziale Netz und vom Lafontaine-Bonus im Westen. Die SPD ist gegenwärtig nicht in der Lage, ein solches Protestklientel (weiter) an sich zu binden.

Hingegen besteht am anderen Ende des politischen Spektrums auf absehbare Zeit nicht die Gefahr durch eine Gruppierung, die bei Bundestagswahlen erfolgreich sein könnte, freilich die Gefahr der Wahlabstinenz einstiger Stammwähler. Die Last der Vergangenheit wirkt nach, der gesellschaftliche Druck ist zu groß, als dass Bürger von Reputation einer Rechtsaußenpartei beitreten. Das schließt vereinzelte Erfolge einer Kraft wie der NPD in (ostdeutschen) Ländern keineswegs aus. Sie bleibt dennoch geächtet. Mit 1,5 Prozent der Stimmen erreichte sie 2009 weniger als die erstmals angetretene Piratenpartei (2,0 Prozent) – und das nach der Regierungszeit einer Großen Koalition, die Proteststimmen provoziert.

5. Perspektiven des Parteiensystems

In den letzten Jahren wurde angesichts des sich offenkundig verfestigenden Fünfparteiensystems über eine »Jamaika«-Koalition (Schwarz-Gelb-Grün) oder über eine »Senegal«-Koalition (Rot-Grün-Gelb) viel Euphorisches geschrieben.[24] Solche lagerübergreifenden Koalitionen schienen der einzige Ausweg zu sein, um einer für eine parlamentarische Demokratie prinzipiell nicht förderlichen Großen Koalition zu entgehen.[25] Doch spricht vieles dafür, dass es sich auf absehbare Zeit um eine Art »Gespensterdebatte« handelt, jedenfalls was den Bund betrifft.

Die Zeichen stehen in Berlin nicht auf lagerübergreifende Bündnisse, wie kurz nach der Bundestagswahl 2009 deutlich geworden ist. Die SPD wird wohl eine Annäherung an die Linke einleiten. Ein Sozialdemokrat der Mitte wie der neue Parteivorsitzende Sigmar Gabriel ist dazu besser in der Lage als ein Repräsentant des linken Flügels. Er will der Partei so eine Machtoption sichern. Die Grünen, die schon diesmal, wie erwähnt, ein Linksbündnis nicht ausgeschlossen hatten, dürften einen solchen Kurs mittragen. Es wird im Deutschen Bundestag mehr oder weniger eine »Koalition in der Opposition« entstehen, mit Abschwächungen und gewissen Abgrenzungen. Anders als 2005 könnte sich in der Opposition ein relativ homogenes Lager herausbilden.

24 Vgl. Frank Decker, Ankunft im Vielparteienstaat, in: *Berliner Republik* 10 (2008), H. 2, S. 19-25; Uwe Jun, *Parteiensystem und Koalitionskonstellationen vor und nach der Bundestagswahl 2005*, in: Frank Brettschneider/Oskar Niedermayer/Bernhard Weßels (Hrsg.), *Die Bundestagswahl 2005. Analysen des Wahlkampfes und der Wahlergebnisse*, Wiesbaden 2007, S. 491-515; Karl Rudolf Korte, Neue Qualität des Parteienwettbewerbs im »Superwahljahr«, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 38/2009, S. 3-8; Oskar Niedermayer, *Wahrscheinliche und unwahrscheinliche Koalitionen*, in: Matthias Machnig/Joachim Raschke (Hrsg.), *Wohin steuert Deutschland? Bundestagswahl 2009 – ein Blick hinter die Kulissen*, Hamburg 2009, S. 267-269.

25 Die Möglichkeit einer (in skandinavischen Ländern funktionierenden) Minderheiten-Koalition wurde kaum erörtert, weil dafür die Voraussetzungen in der hiesigen, auf Stabilität angelegten politischen Kultur fehlen.

https://doi.org/10.5771/0044-3360-2009-4-397
Generiert durch IP '3.133.117.242', am 15.09.2024, 16:24:57.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Die SPD dürfte mit ihrem absehbaren Koalitionskurs auf Bundesebene in Richtung der Linken nicht erfolgreich sein. Sie geht ein hohes Risiko ein, kann sie doch der sozialpopulistischen Überbietungsstrategie der Linken, einer demokratisch zweifelhaften Partei, kaum Paroli bieten. Wenn die Bürger vor der nächsten Bundestagswahl wissen, dass SPD und Grüne ein Bündnis mit der Linken anstreben, dann verweigern (zumal im Westen) manche Wähler aus dem sozialdemokratischen Umfeld einer solchen Konstellation ihre Stimme. Wahlen werden, das ist eine Binsenweisheit, und Angela Merkel hat sie verinnerlicht, in der Mitte gewonnen. Warum ist die SPD so verzagt und glaubt offenkundig nicht daran, mit Hilfe der Grünen wieder mehr Stimmen zu erreichen als Union und FDP? Die Antwort: Sie traut sich offenkundig nicht zu, der Linken massiv Stimmen „abzujagen".

Die Behauptung, in der Bundesrepublik gäbe es eine strukturelle linke Mehrheit ist eine Schimäre. Gewiss hatten SPD, Grüne und PDS bei den Bundestagswahlen 1998, 2002 und 2005 eine arithmetische Mehrheit, aber keine politische. SPD und Grüne schnitten gerade deshalb so gut ab, weil sie eigens einen Pakt mit der linken Konkurrenz wegen einleuchtender Gründe ausgeschlossen hatten. Es ist mithin nicht angängig, von einer arithmetischen Mehrheit auf eine politische zu schließen. Ein Spiel mit „verteilten Karten" dürfte kein Plussummenspiel sein.

Die Annahme, nach der Bundestagswahl werde in den Ländern, in denen es arithmetisch möglich ist, eine rot-rote bzw. rot-rot-grüne Koalition zustandekommen, erwies sich als voreilig. Bemerkenswert sind die neuen Koalitionskonstellationen nach den letzten Landtagswahlen. Offenbar spielten bundes- und landespolitische Motive ebenso eine Rolle wie personelle. In drei Ländern reichte es weder für Schwarz-Gelb noch für Rot-Grün. In Brandenburg kam es zur ersten rot-roten Koalition. Matthias Platzeck, der einstige Bürgerrechtler, ging ein Bündnis mit der Linken ein, obwohl die rot-schwarze Regierung im Land ein Jahrzehnt recht gut funktioniert hatte. Befiel ihn angesichts knapper Mehrheiten Angst davor, bei einer Koalition der SPD mit der CDU in geheimer Abstimmung nicht wiedergewählt zu werden? 1999 war Platzeck vehement gegen ein rot-rotes Bündnis zu Felde gezogen – erfolgreich. Sein nunmehriger Hinweis auf die Notwendigkeit des inneren Friedens ist richtig, nicht aber seine Parallele zur Zeit nach 1945 im Westen Deutschlands.[26] Damals wurden nicht rechtsextremistische Parteien in Koalitionen integriert, sondern ehemalige Mitglieder der NSDAP in demokratische Parteien. In Thüringen setzte sich der SPD-Landesvorsitzende Christoph Matschie gegen beträchtliche Widerstände aus den eigenen Reihen durch und führte die SPD als Juniorpartner in eine Koalition mit der CDU. Der ehemalige Bürgerrechtler wollte selbst dann nicht mit der viel stärkeren Partei der Linken unter Bodo Ramelow regieren, als dieser anbot, auf das Amt des Ministerpräsidenten zu verzichten. Und im Saarland war es der grüne Hubert Ulrich, der – vor die Qual der Wahl zwischen Schwarz-Gelb und Rot-Rot

26 Vgl. Matthias Platzeck, Versöhnung ernst nehmen. Warum unser Land endlich inneren Frieden braucht, in: *Der Spiegel* v. 2. November 2009, 72 f.; siehe die Antwort von Richard Schröder, Versöhnung – mit wem? Warum die Linke nicht ausgegrenzt ist, in: *Der Spiegel* v. 9. November 2009, S. 32 f.

https://doi.org/10.5771/0044-3360-2009-4-397
Generiert durch IP '3.133.117.242', am 15.09.2024, 16:24:57.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

gestellt – eine Anbindung an die „Bürgerlichen" vorzog, nicht zuletzt wegen großer Animositäten gegenüber Oskar Lafontaine, dem vor der Wahl daran gelegen war, die Grünen aus dem Parlament zu »kegeln«. Einerseits wäre es verkehrt, die erste »Jamaika«-Koalition auf Landesebene als Signal für den Bund anzusehen (die grüne Parteispitze lehnt ein solches Bündnis vehement ab), andererseits schlägt der bundespolitisch sich abzeichnende Schwenk zu einem linken Dreierbündnis somit nicht deckungsgleich auf die Länder durch. Das war nach 1969 anders, weitgehend auch nach 1982, als zunächst Rot-Gelb, später Schwarz-Gelb die Länder »eroberte«. Insofern ist die heutige Segmentierung weniger fest gefügt.

6. Prognosen

Die Aufbruchstimmung nach den Regierungswechseln 1969 und 1982 (das war bereits 1998 und 2005 anders) fehlt heute weithin, der Koalition mangelt es an einem öffentlichkeitswirksamen »Projekt«. Das belegt u.a. der Koalitionsvertrag nachdrücklich.[27] Die Überschrift »Wachstum, Bildung, Zusammenhalt« besteht aus drei Worten, die keine übergreifende Idee verbindet. Offenkundig sind die Interessen der Parteien nicht klar auf einen Nenner zu bringen. Das ist kaum verwunderlich bei einer teils „sozialdemokratisierten" Union und einer auf einschneidende Reformen („weniger Staat") drängenden FDP. Die Erwartungen gegenüber dem Regierungslager sind groß, angesichts der angespannten öffentlichen Kassenlage freilich kaum einlösbar. Die Ausschüttung des Füllhorns an sozialen Wohltaten bleibt ein Wunschtraum.

Die Oppositionsparteien wollen über den Bundesrat der Regierung ihr Geschäft erschweren. Der partielle Rückzug von Oskar Lafontaine, der als Oppositionsführer die letzte Kohl-Regierung über die „Länderkammer" weithin lahmgelegt hatte, in das Saarland als dortiger Fraktionsvorsitzender der Linken (und weiterhin Parteivorsitzender im Bund) ist ein Signal an die SPD, eine Linkskoalition ins Auge zu fassen. Der bisher im Bund gewahrte antiextremistische Konsens bliebe damit auf der Strecke. Die Probe aufs Exempel folgt am 9. Mai 2010 bei der nordrhein-westfälischen Landtagswahl. SPD und Grüne scheinen ein Bündnis mit der dort besonders fundamentalistisch auftretenden Linken keineswegs auszuschließen. Sollte die Union die Koalition mit der FDP nicht fortsetzen können, wäre die schwarz-gelbe Mehrheit im Bundesrat verloren. Die neue Bundesregierung ist in einem Dilemma: Einerseits muss sie angesichts dieser Konstellation einige der notwendigen Maßnahmen schnell auf den Weg bringen und Handlungsfähigkeit beweisen, andererseits fürchtet sie in den Bundesländern, einen Teil ihrer Wählerschaft vor den Kopf zu stoßen und warnt vor einem sozialen »Kahlschlag« (Jürgen Rüttgers).

Werner Kaltefleiter hat nach der Bundestagswahl 1994 in dieser Zeitschrift neben manchen Irrtümern (die PDS gelange nicht mehr in den nächsten Bundestag) zwei richtige Vorhersagen getroffen: Gemäß den Strukturmerkmalen der parlamentarischen De-

27 *Wachstum. Bildung. Zusammenhalt. Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und FDP. 17. Legislaturperiode*, Berlin 2009.

https://doi.org/10.5771/0044-3360-2009-4-397
Generiert durch IP '3.133.117.242', am 15.09.2024, 16:24:57.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

mokratie werde – erstens – der Kanzler wieder antreten, nicht aber – zweitens – sein Gegenkandidat.[28] Dieser Sachverhalt dürfte für die nächste Bundestagwahl ebenso gelten. Und: Nicht bloß deshalb, weil eine kleine Koalition niemals nach nur einer Legislaturperiode abgewählt wurde, sondern auch deshalb, weil die SPD in einer nahezu verzweifelten Situation ist, spricht vieles für die Fortsetzung der »bürgerlichen« Koalition. Bei der nächsten Bundestagswahl stünden den beiden »bürgerlichen« Parteien die drei anderen gegenüber. Eine Große Koalition bliebe so ausgeschlossen. Für den Wahlausgang spielt gemeinhin die Leistung der Regierung eine wichtige Rolle. Bekanntlich wird eher die Regierung abgewählt, nicht die Opposition gewählt. 2013 könnte die Wahl aber durch die als abschreckend empfundene Alternative der Oppositionsparteien entschieden werden.

Zusammenfassung

Die Bundestagswahl 2009 war nicht nur eine Wahl der Superlative, sondern auch eine der Paradoxien. Wie in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre, verlief der "Machtwechsel" über die Große Koalition. SPD und Grüne verloren nicht zuletzt deshalb die Wahl, weil ihnen eine Machtoption fehlte. Die beiden Parteien gehen ein hohes Risiko ein, wenn sie sich nach der Bundestagswahl gegenüber der Linken öffnen. Das Charakteristikum dieser Wahl waren die drastischen Stimmenverschiebungen von den Volksparteien zu den kleineren Parteien. Das ist nicht nur eine kurzfristige Reaktion auf die Große Koalition gewesen, sondern Teil langfristiger Strukturverschiebungen.

Summary

The elections of the German Bundestag in the year 2009 were not only an election of superlatives but also one of paradoxes. Like in the second half of the sixties the »change of power« ended up with a grand coalition. SPD and Greens lost the election not at last because they lacked a power option. Both parties take a high risk if they open towards the Lefts after the election. The characteristic feature of this election were the drastic voice movements from the people´s parties to the smaller parties. That has not only been a short-term reaction to the grand coalition, but part of long-term structural changes.

Eckhard Jesse, The inglorious victory of the ›civil parties‹ and the weakness of the people´s parties at the Bundestag election 2009

28 Vgl. Werner Kaltefleiter, Strukturmerkmale des deutschen Parteiensystems nach den Wahlen von 1994, in: *Zeitschrift für Politik* 42 (1995), S. 20, S. 25.

https://doi.org/10.5771/0044-3360-2009-4-397
Generiert durch IP '3.133.117.242', am 15.09.2024, 16:24:57.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.